

Danziger Zeitung.



Nr. 19431.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Interate kosten für die sieben- gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. März. (Privattelegramm.) Als Nachfolger Bosse im Staatssecretariat des Reichsjustizamtes nennt die „Dossische Zeitung“ den Präsidenten des Kammergerichts Drenckmann.

Petersburg, 25. März. (Privattelegramm.) Der Verkehrsminister Witte hat 20 Ministerialbeamte wegen erwiesener Bestechlichkeit theils pensionirt, theils entlassen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 25. März.

Das Ergebniss der Krisis.

Das wichtigste und, wie wir glauben, endgültige Ergebniss der Krisis ist das Fallentlassen des Schulgesetzes, welches die preußische Volkschule der Kirche ausliefern sollte. Nachdem dieser Versuch an dem Widerspruch nicht nur der liberalen, sondern auch der gemäßigt conservativen Parteien trock der Unterstützung der conservativ-clericalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses gescheitert ist, wird sich sobald kein Cultusminister finden, der den Spuren des Grafen Jellitz folgen, versucht sein könnte. Und überdies wird — auch das betrachten wir als einen dauernden Erfolg der Krisis der beiden letzten Monate — bei den im Herbst 1893 bevorstehenden Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus die Wählerschaft dafür sorgen müssen, daß das Abgeordnetenhaus eine dem Willen der großen Mehrheit mehr entsprechende Zusammensetzung erhält. Im übrigen ist es im hohen Grade bedauerlich und charakteristisch für den Mangel an Fühlung mit der Volksstimme bei den leitenden Männern der Regierung, daß es über zwei Monate gedauert hat, bis die Überzeugung von der Unmöglichkeit dieses Gesetzes zur Durchführung zu bringen, durchgedrungen ist.

Die dem Grafen Jellitz befürwortete Presse beklagt sich fortwährend darüber, daß sich unbefreute Rathgeber an den Kaiser gedrängt hätten, um ihn zu einem Eingreifen zu bestimmen. Man kann darauf nur mit dem Vorwurf antworten, daß die berufenen Rathgeber ihre Pflicht, für die Aufrechterhaltung des religiösen und politischen Friedens in Preußen und für das Ansehen Preußens und Deutschlands im Auslande einzutreten, vernachlässigt haben und daß sie sich der Zurückziehung des Gesetzes auch dann noch widersetzt haben, als der Kaiser, was schon in den ersten Wochen nach der Einbringung des Gesetzes geschehen ist, die Unmöglichkeit constatierte, ein so einschneidendes Gesetz nur mit den extrem conservativ-clericalen Parteien zu berathen und zu Stande zu bringen. Nur deshalb sah sich der Kaiser genötigt, in dem Atonrath vom 17. März die Entscheidung zu erzwingen. Daß Graf Jellitz, nachdem das geschehen, seine Entlassung verlangen und auf derselben bestehen mußte, versteht sich von selbst. Es war auch selbstverständlich, daß Graf Caprivi, nachdem er bei der ersten Beratung des Staats und bei der ersten Lesung des Schulgesetzes im Abgeordnetenhaus zum mindesten mit demselben, wenn nicht mit noch größerem Eifer wie der Cultusminister für die Vorlage desselben eingetreten war, auch seinerseits ein Entlassungsversuch einreichte. Graf Caprivi aber hat sich bestimmt lassen, in seiner Stellung als Reichskanzler und als preußischer Minister des Auswärtigen auszuhalten, dagegen die Leitung der inneren preußischen Politik aber, wie solche dem Ministerpräsidenten obliegt, dem bisherigen Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, dem Grafen Botho v. Eulenburg, dem sogenannten Eulenburg dem Jüngeren zu übertragen. Graf Eulenburg war bekanntlich im Jahre 1878 seinem Vetter, dem Grafen Friedrich Eulenburg, dem Schöpfer der Kreisordnung im Ministerium des Innern gefolgt. Graf Eulenburg der Ältere trat zurück, nachdem der Reichskanzler die Weiterführung der Reform der Selbstverwaltung durch die Reform der Städteordnung und der ländlichen Gemeindeordnungen unmöglich gemacht hatte. Wieso dann Graf Eulenburg der Jüngere am 19. Februar 1881 im Herrenhause „gerommelt wurde“ und seine Entlassung einreichte im Interesse der Würde seines Amtes, daran ist schon gestern erinnert worden. „Die Dynastie Eulenburg“, wie Fürst Bismarck gesagt haben soll, war bestätigt. Graf Eulenburg, der im Reichstage das Socialistengesetz zu Stande gebracht und dabei die bestimmtesten Zusicherungen bezüglich der gerechten und vorsichtigen Handhabung derselben abgegeben hatte, scheint sich dadurch das Misstrauen des Reichskanzlers zugezogen zu haben. Sein Nachfolger, Herr v. Puttkamer, der aus dem Cultusministerium in das Ministerium des Innern überstieß, hat dann das Socialistengesetz im Sinne des Fürsten Bismarck, nicht in dem seines Vorgängers geführt.

Daß dieser Graf Eulenburg nicht der Mann ist, als preußischer Ministerpräsident die Rolle eines Geschäftsführers zu übernehmen, liegt auf der Hand. Wie lange also der Reichskanzler Graf Caprivi und der Ministerpräsident Graf Eulenburg hand in Hand gehen werden, ist eine Frage, die die Zukunft zu beantworten hat. Auf alle Fälle ist der gut conservative Graf Eulenburg weder der Mann der „Kreuzzeitungen“-Conservativen, noch ein Mann nach dem Herzen des Centrums.

Ganz dasselbe gilt von dem Nachfolger des Grafen Jellitz im Cultusministerium, dem bisherigen Staatssekretär im Reichsjustizamt, Herrn Bosse. Dieser, der erst vor zwei Jahren den Posten des Unterstaatssekretärs im Reichsamt des Innern mit seiner jetzigen Stellung vertauschte, ist ein hochgebildeter Mann von liebenswürdigen Formen, der trotz seiner streng religiösen und

conservativen Gesinnung den Parteien unbesangen gegenübersteht. Aber Nachgiebigkeit dem Centrum gegenüber nach dem Vorbilde des Grafen Jellitz ist von ihm nicht zu erwarten. Inwieweit er den Ausgaben gewachsen ist, die ihm als Minister der geistlichen Angelegenheiten, des Unterrichtswesens und der Medizinalangelegenheiten gestellt sind, bleibt abzuwarten. Wenn man sich in Centrumkreisen gebietet, als ob die Ernennung Bosse den Wünschen dieser Partei entspreche, so beweist das nur, daß das Centrum gewillt ist, vorläufig gute Miene zu machen.

Unjere Hoffnungen hat der Ausgang der Ministerkrisis nicht getäuscht, weil wir von Anfang an eine Berücksichtigung der liberalen Parteien bei der Wahl der neuen Minister nicht erwartet haben. Für uns ist die Hauptsaache, daß das Volksschulgesetz des Grafen Jellitz und dieser selbst endgültig befeistigt ist. Eine wirkliche Besserung der politischen Lage ist nur von Neuwahlen zu erwarten, die der conservativ-clericalen Mehrheit das Heft aus der Hand nehmen. Und im übrigen trösten wir uns mit dem Wort: Interim hat den Schalk hinter ihm!

Unser Berliner Correspondent schreibt speziell über die Stimmung in den Kreisen des Centrums und der Conservativen:

Das Beste, was die clericale „Germania“ über die neuen Ministercombinations zu sagen weiß, ist, daß weder Graf Eulenburg noch Herr Bosse „darauf aus sein würden, das Centrum zu verletzen“. Man scheint demnach gesürchtet zu haben, daß die Entscheidung zu Gunsten anderer, dem Centrum unbedeuten Candidate fallen könnte. Im Centrum hat man sich offenbar von dem Schrecken der ersten Tage wieder erholt und sucht sich so gut einzurichten wie möglich. Die „Germania“ führt freilich auch noch die Ministerkrisis darauf zurück, daß der Kaiser über die naturgemäßen Consequenzen der Sachbehandlung (im Atonrath) und über die persönlichen Empfindungen so plötzlich, ohne vorherige Befreiung mit seinem desavouirten Minister keine richtige Meinung gehabt habe. Aber wie himmelweit ist diese Sprache von der bisher verbreiteten verschieden! Das Beste ist, daß die „Germania“ sich über den Rücktritt des Grafen Jellitz damit tröstet, daß derselbe in einem Ministerium mit Miquel „systematisch und ehrlich verbraucht“ worden wäre! Die Hauptspalte kehrt sie jetzt gegen Miquel, dem das Centrum recht eigentlich die Befestigung des Volksschulgesetzes zur Last legt — was nicht gerade eine Schande ist —, und sie schmeichelte sich mit der Hoffnung, daß für den Grafen zu Eulenburg bald das Ministerium des Innern oder der Finanzen frei werde! Aber dem Grafen Eulenburg will das leitende Blatt des Centrums die Qualification als conservativ nur in Gänselfischen zu erkennen, was bedeutet, daß Graf Eulenburg nicht conservativ im Sinne des Centrums ist. Am schlechtesten kommt Graf Caprivi weg, bezüglich dessen sich die „Germ.“ mit der Bemerkung begnügt, es bleibe abzuwarten, ob er „von vornherein mit der Absicht nur auf kurze Zeit zur Überleitung der Geschäfte oder zu einem dauernden Versuch“ Reichskanzler bleibe. Was ist „ein dauernder Versuch“?

Die Sprache der „Germania“ und was man sonst über Stimmungen im Centrum wahrnimmt, beweisen, daß diejenigen im Rechte waren, die von vornherein die Bedenken, die Zurückziehung des Volksschulgesetzes werde das Centrum wieder in die Opposition treiben, als unbegründet zurückwiesen. Davon ist in der That nicht die Rede; man läßt es sich sogar angelehen sein, auf die Haltung der Centrumspresse in den Provinzen mäßigend einzuwirken.

Auch die „Kreuzig.“ dreht schon etwas bei. Sie hat sich bisher die Finger wund geschrieben, um die Unmöglichkeit nachzuweisen, daß Graf Caprivi im Amt bleiben könne; heute bezeichnet sie es als „die von ihr von vornherein ausgesprochene Vermuthung“, daß Caprivi vorläufig als Reichskanzler und auswärtiger Minister bleiben werde. Das fromme Blatt weiß gar nicht mehr, was es im Jorn der letzten 8 Tage zu Papier gebracht hat.

Zur Biographie des Grafen zu Eulenburg sind noch die genauerer Bissern über die Staffeln in seiner amtlichen Laufbahn nachzutragen. Graf Eulenburg studirte 1849 bis 1852 zu Königsberg und Bonn; die Rechte, wurde 1859 Landrat, 1864 Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern, 1869 Regierungspräsident zu Wiesbaden, 1872 Bezirkspräsident zu Mek, 1873 Oberpräsident zu Hannover und war vom 31. März 1878 bis zum 27. Februar 1881 Minister des Innern. Am 12. August 1881 erfolgte seine Ernennung zum Oberpräsidenten für Hessen-Nassau.

Weiterhin ist zu bemerken, daß Graf Eulenburg seit dem Oktober 1875 in kinderloser Ehe verheirathet ist. Seine Gattin ist die Tochter des Generals der Cavallerie v. Alvensleben, des langjährigen Commandanten von Berlin; sie war in erster Ehe mit dem 1872 gestorbenen Grafen Otto v. Rieserling-Neustadt vermählt. Die beiden jüngeren Brüder des Grafen Botho sind der Oberhof- und Hausmarschall des Kaisers, Graf August, und der langjährige Commandeur der zweiten Garde-Ulanen, Oberst Graf Karl zu Eulenburg. Am 28. September 1883 vertrat Graf Eulenburg bei der Enthüllung des Germaniadenkmals auf dem Niederwald die Provinz vor dem Kaiser Wilhelm und den deutschen Fürsten.

Nach der Ernennung des Grafen Eulenburg zum Ministerpräsidenten wird dem Abgeordneten-

haus ein Nachtragsetat zugehen müssen, der das bisher nicht zur Herausgabe gelangte Gehalt für diesen Posten in den Etat einstellt. Auffällig ist, daß in einer offiziellen Mitteilung der „Pol. Nachr.“ darauf hingewiesen wird, daß nach Ernennung eines besonderen Ministerpräsidenten die Vicepräsidentenstelle, die nur in Folge der Personalunion zwischen Reichskanzleramt und Ministerpräsidentschaft geschaffen sei, überflüssig werde. Staatssekretär v. Bötticher bezieht als Vicepräsident ein Gehalt von 45 000 Mk.

Der Reichstag

wird wahrscheinlich am 29. oder 30. d. spätestens geschlossen werden. Man hofft bis dahin das noch abzuwickelnde Pensum zu erledigen. Die dritte Lesung des Etats pflegt sich allerdings manchmal in die Länge zu ziehen, doch ist dieses Mal ein ziemlich glatter Verlauf zu erwarten. Die Abstimmung über die Corvette wird keine Überraschungen bringen. Vom Centrum wird kein Widerspruch erfolgen; es war lediglich ein Foyerwohl, daß die Ministerkrisis einen „Kreuzer“ kosten werde. — Von wichtigen Anträgen hat man Abstand genommen bis auf den Antrag auf Erhöhung des Tabakzölles, um welchen noch ein harter Kampf entbrennen dürfte.

Jüdische „Ritualmorde.“

Für die Existenz jüdischer „Ritualmorde“ hat in der Gegenwaltung des Abgeordnetenhaupts der conservativ-antisemitische Abg. Freiherr v. Wackerbarth unter anderen Autoritäten auch diejenige des kürzlich verstorbenen antisemitischen Professors Paul de Lagarde in Göttingen angerufen und Herrn Richter aufgefordert, gelegentlich diese Autoritäten zu prüfen; er werde dann erkennen, daß der Ritualmord der Juden kein Märchen sei. Vor uns liegt das bereits im Jahre 1882 veröffentlichte Schriftchen: „Christliche Zeugnisse gegen die Blutschuldigung der Juden“ und darin findet sich unter Nr. XII. ein aus Göttingen 7. Oktober 1882 datiertes Schreiben des Prof. de Lagarde. Eine im Juli 1882 in Pest abgehaltene Rabbinerversammlung hatte eine Rundfrage bei theologischen Facultäten, Bischofsen und Professoren über die Frage des Ritualmordes veranstaltet und sich u. a. auch an die „Autorität“ des Abg. v. Wackerbarth gewandt. Die Antwort Lagardes lautet:

„Die gewünschte „historische Beleuchtung“ der Beleidigung zu liefern, daß das Judentum Menschenblut für religiöse Zwecke brauche, bin ich schon aus Zeitmangel außer Stande: sollte es der verehrlichen Rabbinerversammlung aber zweckdienlich erscheinen, daß ich in irgend einer gerichtlichen Verhandlung als Zeuge dafür auftrete, daß nach meiner festen Überzeugung das Judentum, wie es in der Bibel, halacha und Haggada, ähnlich anerkannt vorliegt, und wie es in einer umfangreichen Literatur zum Ausdruck gebracht ist, niemals Menschenblut für religiöse Zwecke zu verwenden verlangt habe, so bin ich dazu bereit. Ein solches Zeugnis könnte auf Ansuchen eines königlich ungarischen Gerichts oder eines Anwalts auch schriftlich in den für solche Zeugnisse vorgeschriebenen Formen abgegeben werden. Abergläubig einzelner Juden, sofern — was zu beurtheilen ich außer Stande bin — ein solcher vorhanden sein sollte, dürfe so wenig gegen das Judentum geltend gemacht werden, wie Abergläubig einzelner Christen gegen das Christenthum.“

Das Ergebniss der Einkommensteuer-veranlagung,

welches auf einen Mehrertrag von 40 Millionen gegen das bisherige Aufkommen an Kassen- und Einkommensteuer beifürchtet wurde, wird, schreibt die „Nordb. Allg. Ztg.“, von anderen Seiten noch etwas höher, auf 44—46 Millionen, angegeben. Gleichviel welche, und ob eine von diesen Zahlen sich als die richtige erweisen wird; so viel scheint doch bereits festzustehen, daß aus der höheren Belastung durch die reformierte Einkommensteuerung die Mittel gewonnen werden, um die Durchführung der Befestigung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer, bzw. deren Überweisung an kommunale Verbände eintreten lassen zu können.

Handelsmarine und Staatshilfe.

Wie wenig Schiffbau und Seeschiffahrt durch staatliche Begünstigungen gefördert werden können, legt C. Fitger in seiner jüngst veröffentlichten Schrift über Schiffbau und Seeschiffahrt in den letzten zehn Jahren an dem Beispiel der französischen Handelsmarine überaus treffend dar. In Frankreich ist zur Hebung der Handelslotto Alles geschehen, was nur schützjöllnerische Findigkeit ersinnen konnte; es werden Bauprämién, Reiseprämién und Postsubventionen gewährt, deren Gesamtbetrag sich auf 35—40 Millionen Francs jährlich beläuft. „Man sollte nun doch denken, urtheilt Herr Fitger, daß so außerordentliche fremde Hilfe einen ungeheuren Aufschwung der französischen Röhderie hätte zur Folge haben müßten, einen ungesehen vielleicht, aber daß ein Aufschwung kommen würde, hat doch kaum jemand bezweifelt. Ganz im Gegenteil hat sich eine trostlose Stabilität und selbst ein Rückgang gezeigt, wo die nicht subventionierten Handelslottoen so gesund und stark entwickelt sind. So nachtheilig hat sich das Subventionswesen gezeigt. Die französischen Röhder sind in ihrem Schlendrian bestärkt, die notwendigen Reformen, die durch die scharfe Luft der Concurrenz erzwungen wären, sind verzögert. Jener Geist kräftiger Initiative, kühne Wagemuths, der die englische Schiffahrt groß gemacht und auch in den kleineren deutschen walzt, fehlt bei den französischen Röhdern. Bei den lehren herrschte vielmehr ein ängstliches Anklammern an das Gesetz, dessen Wohlthaten man ganz auskosten wollte; man spähte nach den seiten Post-contracten und buhlte um die Gunst der hohen Staatsbeamten. Anstatt die abgängigen Schiffe

abzubrechen oder nach Norwegen zu verkaufen, behielt man sie mit Hilfe der Reiseprämién und Postcontracte immer noch in Fahrt. Unterdessen verjüngten sich die Flotten Englands und Deutschlands, wo an die Tüchtigkeit der Röhder, der Schiffsbauer, der Schiffe und Besatzungen stets die allerhöchsten Anforderungen gemacht wurden. Dort ein verwöhnter, verjüngter Glücksbörcher, hier ein wettergebräunter Mann in der Fülle von Kraft und Gesundheit.“

Die französische Handelslotto hatte im Jahre 1884 Schiffe von zusammen 1 033 000 Tonnen Tragfähigkeit; im Jahre 1889 war sie auf 932 000 Tonnen gesunken und selbst die Tragfähigkeit der Dampfer allein wies einen Rückgang von 511 000 auf 492 000 Tonnen auf. Die französische Handelslotto hat nicht einmal denjenigen Anteil an dem Handel des eigenen Landes behaupten können, den sie früher bejaht; von der Gesamttragfähigkeit der in französischen Häfen angekommenen Geeschiffe entfielen auf französische Schiffe 1865 76 Proc., 1878 aber nur 39 Proc. und 1890 gar nur noch 31 Proc.

Das Königliche Referendum in Belgien
scheint zu einer ernsthaften Entfremdung zwischen der Regierung und der Rechte des Parlaments zu führen. Eine gestern Vormittag in Brüssel abgehaltene Versammlung der Rechte der Deputiertenkammer nahm einen sehr bewegten Verlauf, da die Ansichten der Regierung und der Mitglieder der Rechte in Bezug auf die königliche Referendum andauernd sehr weit aus einander gehen. Die Regierung stellte im Laufe der Sitzung die Forderung, daß die Mitglieder der Rechte in Bezug auf die Frage des königlichen Referendum vor ihren Wählern keinerlei Verpflichtungen eingehen sollten, und nahm an den weiteren Beratungen nicht teil. Die Versammlung ging schließlich, ohne einen Beschluss zu fassen, aus einander, und es ist noch nicht abzusehen, ob und wie sich diese Differenz, die zu weittragenden Folgen führen kann, begleichen lassen wird.

Die Ausgleichsverhandlungen in Böhmen.

In der gestrigen Sitzung der böhmischen Ausgleichscommission gab der Statthalter, Graf v. Thun, zuerst in deutscher, alsdann in böhmischer Sprache folgende Erklärung ab: „Vor allem nimmt die Regierung von den Erklärungen der Abgeordneten des Großgrundbesitzes Acht. Die Regierung, für welche die Ausgleichsvereinbarungen gleichwie für alle anderen, auf den Wiener Conference vertreten gewesenen Theile bindend sind, ist der festen Überzeugung, daß die Ausführung der Ausgleichsvorlagen für die Anbahnung des nationalen Friedens im Lande die erste Voraussetzung bildet. Wird dieses Ziel nicht bald erreicht, so muß notwendiger Weise die culturelle und wirtschaftliche Entwicklung Böhmens darunter leiden. Die Regierung kann daher nichts anderes als den Wunsch ausdrücken, daß der Ausgleich, sobald als nur immer möglich, in allen Theilen perfekt werde und daß daher alle dem Landtage vorgelegten Ausgleichsvorlagen der meritorischen Beratung unterzogen werden.“

Im ungarischen Abgeordnetenhaus
wurde gestern die Adressen der Majorität in der General- und Specialdebatte mit überwiegender Mehrheit angenommen. Im Laufe der Debatte hob der Ministerpräsident Graf Szapary hervor, die Adressdebatte habe das kräftige Zusammensetzen der Majorität dargeboten. Als dann wies der Ministerpräsident den Vorwurf zurück, daß die Regierung eine Wohlfahrt auf die Beamten geübt habe, sowie daß unter den Liberalen Wahlmissbräuche vorgekommen seien. Graf Szapary trat ferner den persönlichen Angriffen Götzs und Apponyis entgegen und erklärte, die Regierung halte an ihrem Programm fest und werde die Gelehrtenwürfe betreffend die Verwaltungsreform und die Garantiegesetze rechtmäßig vorlegen.

Die italienische Deputiertenkammer
setzte gestern die Beratung der Eisenbahnvorlage fort. Crispi bekämpfte den Gesetzentwurf; der Ministerpräsident di. Audini vertheidigte denselben lebhaft und führte aus, die Vorlage bedeute die wichtigste Maßnahme, welche die Regierung im Interesse der Finanzen und des Staatscredites habe vorschlagen können. Die Vorlage sei auch durchaus vorlebhaft für die Bevölkerung, da das Budget um 52 Millionen Lire entlastet und die neuzeitliche Anspruchnahme des Staatscredites zum Bau nützlicher, aber nicht dringender Bahnen vermieden werde. Schließlich wurde eine von Brunicardi beantragte, von der Regierung aber nicht angenommene Tagesordnung in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 66 Stimmen verworfen; dagegen wurde eine von Romanjac eingebrachte, von der Regierung acceptierte Tagesordnung durch Aufstellen und Sitzbleiben mit großer Majorität genehmigt und damit die Generaldebatte geschlossen. Die Kammer ging sodann zur Beratung der einzelnen Artikel über. — Das Cabinet Audini hat damit einen neuen, seine Position festigenden Erfolg erzielt und versügt über eine immer größere sichere Majorität.

Die Behringsmoor-Angelegenheit
zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist noch immer in der Schweben. Wie aus Washington telegraphiert wird, wurde gestern der letzte Schriftwechsel zwischen dem englischen Premierminister Lord Salisbury und dem Präsidenten der Union, Harrison, in der Behringsmoor-Angelegenheit dem Senate der Vereinigten Staaten unterbreitet. In der Note Lord Salisburys wird die Weigerung der englischen Regierung, den bisherigen modus vivendi

zu erneuern, aufrechterhalten und eine Reihe von Gegenvorschlägen gemacht. Die Erwiderung des Präsidenten Harrisson ist im lebhaften Tone gehalten; der Präsident erklärt darin, wenn die großbritannische Regierung darauf bestehe, den Maßregeln zum Schutze des Robbenfangs ihre Mitwirkung bis nach der Austragung der Frage durch ein Schiedsgericht zu versagen, so werde er sich genötigt sehen, die bestehenden Gesetze zur Anwendung zu bringen und den Robbenfang im Behringssmeer nötigenfalls gewaltsam verhindern. Der Senat beschloß nach kurzer geheimer Berathung die Noten dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten zu überweisen.

Die Entschädigung der ehemals Reichs-unmittelbaren.

Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Gesetzentwurf „betreffend die Aufhebung der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern gegen Entschädigung“ hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die den Häuptern und Mitgliedern der Familien vormals unmittelbarer deutscher Reichsstände sowie der gleichgestellten Familien noch zustehenden Rechte auf Befreiung von ordentlichen Personalsteuern oder auf Bevorzugung hinsichtlich derselben werden hierdurch aufgehoben. Die im § 4 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 vorgesehene Heranziehung der bisher Befreiten und Bevorzugten zur Einkommensteuer erfolgt vom 1. April 1892 ab nach den Vorschriften des angeführten Gesetzes.

§ 2. Für die Aufhebung des Rechts auf Befreiung oder Bevorzugung wird den berechtigten Familien eine Entschädigung aus der Staatskasse durch einmalige Kapitalsabsindung nach Maßgabe der in den §§ 3 bis 6 folgenden Bestimmungen gewährt.

§ 3. Entschädigungsberechtigt sind: 1) der Fürst zu Bentheim-Steenfurt, 2) der Fürst zu Salm-Salm, 3) der Fürst zu Salm-Wittgenstein-Hohenstein, 4) der Fürst zu Salm-Braunfels, 5) der Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich, 6) der Fürst zu Wied, 7) der Graf zu Stolberg-Stolberg, 8) der Graf zu Stolberg-Rönsahl, 9) der Fürst zu Isenburg-Birstein, 10) der Fürst zu Isenburg-Büdingen in Wächtersbach, 11) der Graf zu Isenburg-Büdingen in Mierholz, 12) der Graf zu Solms-Nördelheim, zu 1 bis 12 für ihre Personen und die Mitglieder ihrer Familien, 13) der Fürst zu Stolberg-Wernigerode für seine Person und die am 1. April 1892 in der Grafschaft Wernigerode lebenden Mitglieder seiner Familie.

Als Mitglieder der Familie gelten die männlichen und die unverheiratheten weiblichen ebenbürtigen Descendanten vom Stifter der Familie, soweit dieselben nicht auf ihre Standesverträge verzichtet haben, sowie die durch die Ehen zur rechten Hand mit ebenbürtigen Aquaten in der Familie verbliebenen oder in dieselbe eingetretenen Frauen.

§ 4. Die Entschädigung wird für jedes der im § 3 rechneten fürstlichen und gräflichen Häuser wie folgt berechnet: 1) Der Berechnung werden zu Grunde gelegt die aus das Familienhaupt, sowie auf die bisher bestreiten, aber in Gemäßheit der Bestimmung § 1 Abs. 2 vom 1. April 1892 ab zur Einkommensteuer heranziehenden Familienmitglieder für das Steuerjahr 1892/93 rechtskräftig veranlagten Einkommensteuern. 2) Von den veranlagten Einkommensteuern (zu 1) werben in Abzug gebracht diejenigen Beträge, welche a. auf die bereits vor dem 1. April 1892 zur Einkommensteuer herangezogenen Einkommensteile, b. auf das an Gehalt, Pension und ähnlichen Bezügen aus persönlichen Dienstverhältnissen veranlagte Einkommen nach dem Verhältnisse dieser Einkommensteile (a und b) zu dem veranlagten Gesamtinkommen des betreffenden Steuerpflichtigen entfallen. 3) Der dreizehn und ein drittelstarker Betrag des nach diesen Abzügen (zu 2) verbleibenden Theiles der für das Jahr 1892/93 rechtskräftig veranlagten Einkommensteuer (zu 1) wird als Entschädigung gewährt.

§ 5. Innerhalb der vom Finanzminister zu bestimmten Frist sind denselben von Seiten der im § 3 genannten Familienhäupter diejenigen Familienmitglieder unter Angabe des Wohnortes zu bezeichnen, deren Einkommensteuersähe gemäß § 4 Nr. 1 bei Berechnung der Entschädigung zu Grunde gelegt werden sollen. Die innerhalb der bestimmten Frist nicht bezeichneten Familienmitglieder bleiben bei der Berechnung außer Betracht. Für jedes entzähigungsberechtigte Haus (§ 3) wird, nachdem die Veranlagung des Familienhauptes und der bei Berechnung der Entschädigung zu berücksichtigenden Familienmitglieder zur Einkommensteuer für das Jahr 1892/93 rechtskräftig erfolgt ist, die Entschädigung nach den im § 4 angegebenen Grundföhren durch den Finanzminister in einer Summe festgesetzt. Auf Antrag eines Familienhäuptes ist jedoch die Entschädigung für das Haupt, sowie für jedes einzelne gemäß Abs. 1 bezeichnete Mitglied der Familie nach den im § 4 angegebenen Grundsätzen besonders festzulegen. Gegen jede Entschädigung des Finanzministers durch welche ein für ein Familienmitglied erhöhter Entschädigungsanspruch zurückgewiesen wird, nicht aber wegen des Betrages der festgesetzten oder festzulegenden Entschädigung findet der Rechtsweg statt. Die Klage ist von dem betreffenden Familienmitgliede binnen einer Frist von drei Monaten, von der Zustellung der abweisenden Entscheidung des Finanzministers an gerechnet, bei dem zuständigen Gerichte einzureichen.

§ 6. Die Auszahlung der festgesetzten Entschädigung erfolgt im Falle des § 5 Abs. 2 an das Familienhaupt, im Falle des § 5 Abs. 3 an die einzelnen Familienmitglieder, welche an der Entschädigung Theil nehmen. Im übrigen erläutert der Finanzminister die wegen der Auszahlung erforderlichen Bestimmungen.

§ 7. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung des durch die Auszahlung der Entschädigungen (§ 6) entstehenden Bedürfnisses Staatschuldverschreibungen auszugeben.

Zur Erläuterung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes wird Folgendes zu § 1 bemerk:

§ 1 spricht im ersten Absatz die Aufhebung der mit Bezug auf die Personalbesteuerung noch bestehenden Vorrechte der standesherrlichen Familien aus und bestätigt dieses Privileg in seinem ganzen Umfange.

In objectiver Hinsicht erstreckt sich also das Gesetz nicht etwa nur auf die Befreiung von der Einkommensteuer, sondern auf die Befreiung von den „ordentlichen Personalsteuern“ überhaupt; eine künftige Befreiung auf das bisherige Privileg wird daher auch ausgeschlossen sein, wenn etwa an Stelle der gegenwärtig allein in Betracht kommenden Einkommensteuer oder neben dieselbe eine andere Personalesteuer treten sollte.

In subjectiver Hinsicht erlischt das Vorrecht der ganzen Familie, nicht nur der lebenden Mitglieder; insbesondere trifft die Aufhebung auch diejenigen Angehörigen der bevorreichten Familien, welche zur Zeit — z. B. weil sie in einem anderen deutschen Bundesstaate oder seit länger als zwei Jahren im Auslande leben — zur preußischen Einkommensteuer nach den geltenden allgemeinen Vorschriften nicht herangezogen werden dürfen.

Sollten dieselben später der preußischen Steuerhoheit unterworfen werden, so tritt auch ihnen gegenüber der § 1 des Gesetzes in volle Wirksamkeit.

Neben den Familien der vormals unmittelbaren Reichsstände erwähnt der Entwurf ausdrücklich die „gleichgestellten Familien“, um die Befreiung des Privilegs der Stolbergerischen Häuser außer Zweifel zu stellen.

Die finanzielle Tragweite einerseits der Aufhebung des Steuerprivilegs, andererseits der Vorschriften des Entwurfes über die dafür zu gewährnde Entschädigung wird sich — heißt es in den Erläuterungen zu § 7 — mit Sicherheit erst nach erfolgter Verhandlung der bisher Bevorreichten übersehen lassen. Nach den stattgehabten

vorläufigen Ermittelungen ist der Jahresbetrag der gewöhnlich § 1 Abs. 2 des Entwurfes zu veranlagenden Einkommensteuer auf etwa 180 000 Mk. bis 200 000 Mk., das nach den Bestimmungen der Vorlage zu gewährende Absindungskapital mithin im ganzen auf rund 2 400 000 Mk. bis 2 700 000 Mk. zu veranschlagen.

Reichstag.

202. Sitzung vom 24. März.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken.

Die §§ 1 und 2 (Verbot der absolut schädlichen Stoffe für den Wein) werden nach unwesentlicher Discussion angenommen.

§ 3 bestimmt, was im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes als Verfälschung oder Nachahmung des Weines nicht anzusehen ist.

Abg. Witte (freis.) beantragt, außer von Rüben-Zucker und Invertzucker auch den Zusatz von Dextrosezucker (technisch reinem Stärkezucker) zu gestatten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Dextrosezucker in Wahrheit nichts anderes ist, als technisch reiner Stärkezucker. Dieser Zucker ist allerdings bis jetzt in Deutschland nur in sehr geringen Quantitäten hergestellt worden. Doch ist es zweifellos, daß er in größeren Mengen hergestellt werden kann. Dextrose und Invertzucker sind ganz dasselbe.

Director Köhler: Allerdings ist der technisch reine Stärkezucker im Sinne des Vorredners nicht bedenklich. Indessen ist Dextrose und Invertzucker nicht dasselbe. Der Winzer, welchem Stärkezucker von einer deutschen Fabrik angeboten wird, ist gar nicht in der Lage, zu unterscheiden: ist das nun technisch reiner Stärkezucker, wie er im Gesetz vorgeschrieben ist? Er läuft Gefahr, wegen der Verwendung dieser Produkte mit dem Gesetz in Conflict zu kommen, und davor müssen wir ihn schützen.

Abg. Hultsch (Reichsp.) spricht sich für den Antrag Witte aus.

Abg. Wurm (soc.) protestiert gegen jede weitere Zulassung von Zusatzstoffen zum Wein.

Abg. Bürklin (nat.-lib.) beantragt, eine rationelle Verzehrung verbessere den Wein; allerdings sollten die kleinen Winzer, die nicht im Besitz der Erfahrung und der Apparate sind, die Hand davon lassen.

Abg. Witte: Es ist nur eine Frage kurzer Zeit, die Dextrose auch in großen Mengen herzustellen. Uebrigens will ich meinen Antrag dahin modifizieren, daß ich den Ausdruck „Dextrose-Zucker“ zurückziehe und nur stehen lasse „technisch reinen Stärkezucker“.

§ 2 wird mit dem vom Abg. Witte beantragten Modifikation angenommen.

§ 3 stellt fest, was als Verfälschung des Weines anzusehen ist.

Abg. Bürklin (nat.-lib.) beantragt, auch den Zusatz von Wasser und Sprit (Mouillage) zum Zwecke der Weinvermehrung als Verfälschung anzusehen.

Ein Antrag Gröber verlangt eine genaue Bezeichnung der Weine nach ihrer Herstellung oder Be- schaffenheit.

Abg. Bürklin: Man unterscheidet zwei Arten der Mouillage: Der Wein wird entmehlt mit einem südländischen verschritten, und der dadurch zu sehr verstärkte Alkoholgehalt wird durch Wasserzusatz herabgesetzt, oder zum Bordeau wird unmittelbar Spritwasser zugestellt. Ueber die Mouillage ist, wie die Motive selbst erklären, die Rechtsprechung sehr verschiedenartiger Ansicht; in dem bekannten Danziger Weinprozeß wurde die Mouillage, als den Bedürfnissen Nordostdeutschlands entsprechend, nicht für einen Betrug erklärt; in Hannover, Lüneburg und anderen westlichen Orten aber geschah das Gegenteil. Die Mouillage ist in der Vorlage vermutlich deshalb fortgelassen, weil sie, wie ich höre, in jüngerer Zeit abgekommen und durch den Versuch ausländischer Rothweine mit leichtem süddeutschen Weinen ersetzt ist; aber wenn das auch richtig ist, kann jeden Tag das alte Verfahren wieder aufgenommen werden, zumal da nach den Handelsverträgen der italienische Wein sehr leicht bei uns eingeführt werden kann und dieser sich für die Mouillage wohl eignet.

Director Köhler bekämpft die Anträge, dieselben würden, da es nicht möglich sei, den ausländischen Wein einer Controle in Bezug hierauf zu unterziehen, nur die inländische Produktion betreffen.

Abg. Bamberger: Bei den Schuhjören war die Lenden, Deutschland gegen das Ausland zu führen; aber zu Gunsten Süddeutschlands die Mouillage, die in Danzig einen wichtigen Industriezweig bildet, befürworten, das geht nicht wohl an. Ich sehe keinen Grund, den Süden so zu bevorzugen, und sehe auch nicht ein, warum der Winzer der einzige deutsche Bürger sein soll, dem wir unser Interesse zuwenden; der Danziger Weinhandel darf doch auch nicht unterbunden werden. Durch Annahme des Antrages Bürklin würden wir das Ausland besser stellen, als Deutschland, denn in Frankreich ist die Mouillage declarationsfrei, und da dieselbe durch die Chemie nicht nachzuweisen ist, wäre den in Frankreich vorgenommenen Mouillagen der Verkehr in Deutschland gestattet, den bei uns vorgenommenen aber nicht. Ich bitte den Abg. Bürklin, seinen Antrag zurückzuziehen, um das Zustandekommen des ganzen Gesetzes nicht zu gefährden.

Abg. Richter: Ich bitte den Abg. Bürklin ebenfalls, seinen Antrag zurückzuziehen. Ich bestreite, daß in Bezug auf die Zulässigkeit der Mouillage eine Rechtsunsicherheit besteht, nachdem das Reichsgericht sie für zulässig erklärt hat, und auch die Praxis zeigt, daß sie keinen Nachteil bringt. Es handelt sich bei der Mouillage nicht bloß um Danzig, sondern um den Weinhandel im ganzen Norden Deutschlands, und diesen würden wir zum Vortheil des Auslandes schwächen. Diese Frage ist von weittragender Bedeutung, die sich Abg. Bürklin nicht ganz klar gemacht hat, so daß, wenn ein solcher Antrag gestellt wird, eine commissarische Beratung desfelben notwendig erscheinen müßte. Ich hoffe aber, daß Abg. Bürklin seinen Antrag zurückziehen wird.

Abg. Bürklin (nat.-lib.) bedauert, seinen Antrag nicht zurückziehen zu können, da er die Entscheidung über die Mouillage für höchst wichtig halte.

Abg. Graf Behr (Reichsp.) bittet ebenfalls um Zurückziehung des Antrages, da die Mouillage in Norddeutschland unentbehrlich sei.

Bei der Abstimmung über den Antrag Bürklin stellt sich bei 80 Stimmen für und 101 Stimmen gegen den Antrag die Beschlußfähigkeit des Reichstages heraus.

Vice-Präsident Graf Ballestrem beräumt die nächste Sitzung eine halbe Stunde später an.

203. Sitzung am 24. März, 2½ Uhr Nachm.

Der Antrag Bürklin wird abgelehnt, ebenso der Antrag Gröber, und § 4 mit einer redaktionellen Änderung angenommen.

Nach § 5 finden die Vorschriften in den §§ 3 und 4 auf Schaumwein nicht Anwendung.

Ein Antrag Gröber will auch Obstwein und weinähnliche Getränke von den Vorschriften der §§ 3 und 4 ausnehmen.

Director Köhler erklärt, daß die Bestimmungen der §§ 3 und 4 auf Obstwein schon so keine Anwendung finden würden, und bittet um Ablehnung des Antrages.

Ein Antrag Weiß (nat.-lib.) will die Ausnahme des Schaumweins von § 4 nicht gelten lassen.

Abg. Bamberger: Ein Unterschied zwischen legitimem und illegitimem Champagner ist mir unerfindlich. Der Champagner ist seiner Natur nach ein frisches Luxuswein (Heiterkeit), welches mit einem so heiligen Begriff wie Legitimität in Verbindung zu bringen mir im höchsten Grade räthselhaft erscheint. Sinnen wir für den Champagner des kleinen Mannes, der will auch seine Freude haben! (Heiterkeit).

§ 5 wird unter Ablehnung beider Anträge unverändert angenommen. Ebenso § 6.

§ 7 enthält Strafbestimmungen gegen den Verkauf von Zusatzweinen unter Bezeichnungen, welche die An-

nahme hervorzurufen geeignet sind, daß ein Zusatz nicht gemacht ist.

Ein Antrag der Abg. Bamberger und Bürklin will nur den wirklichen Betrag, d. h. das Feilhalten von Zusatzweinen als reine Naturweine strafbar machen.

Ein Antrag Gröber specialisiert die Bestimmungen des § 7. Es soll das Feilhalten einer Mischung von Roth- und Weisswein als Rothwein und von wissenschaftlich entfäultem und gezuckertem Wein als Naturwein strafbar sein.

Die Abg. Schenck und Bamberger sprachen principieller für Streichung des § 7, der nur den indirekten Declarationswang wieder einführe.

Die Abg. Osann (nat.-lib.), Lingers und Gröber (Centr.) sprechen für § 7.

Darauf wird § 7 unter Ablehnung aller Anträge unverändert angenommen, ebenso nach unwesentlicher Debatte der Rest des Gesetzes.

Der Antrag Richter auf Überweisung der Petition des Walbeck-Vereins in Friedland in Mecklenburg auf reichsgerichtliche Regelung des Vereins- und Verbundungsrechts an den Reichskanzler zur Berücksichtigung wird heute nochmals zur Abstimmung gebracht, da er gestern noch handschriftlich vorlag. Heute stimmt das Centrum geschlossen dagegen, während es gestern geheist war. Der gestrige Beschuß wird aber gleichwohl bestätigt, weil die Reihen des Centrums und der Reihen nur noch sehr schwach besetzt sind.

Darauf wurden Berichte der Petitions-Commission berathen.

19 gleichlautende Petitionen aus Mitteldeutschland mit zahlreichen Unterschriften nehmen ihren Ausgangspunkt von der Behauptung, daß am 26. Mai 1890 der Redakteur Boshart von Gotha zur Verbüßung einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe in das gemeinschaftliche thüringische Gefängnis zu Ichtershausen eingeliefert und in diesem in unangemessener, kränkender und gesundheitsgefährdender Weise behandelt worden sei. Die Petitionen verlangen Verbesserung des Strafvollzuges und differentielle Behandlung der Gefangenen. Die Commission hat Übergang zur Tagesordnung beschlossen.

Abg. v. Strombeck (Centr.) beantragt, diese Petitionen dem Bundesrat zur Berücksichtigung in der Richtung zu überweisen, daß bereits vor der in Erwägung gezothen Reform des Vollzugs der Freiheitsstrafen die wichtigsten Grundsätze bezüglich der Beschäftigung, Bekleidung, Beleidigung und sonstigen Behandlung der Straf- und Untersuchungsgefange im Wege der Reichsgerichtsgebung thunlich festgestellt werden.

Der Antrag wird von den Abg. v. Bar (freis.) und Prinz zu Carolath (lib.) befürwortet und vom Hause angenommen.

Eine Anzahl von Petitionen betreffend die Revision beziehungsweise Aufhebung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes werden dem Reichskanzler als Material überwiesen; dasselbe geschieht mit den Petitionen betreffend die Ausdehnung der Gewerbeordnung auf die Fischerei.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 24. März.

In zweiter Berathung wird die Novelle zum Pensions- und Renten-Gesetz für die evangelischen Geistlichen in den älteren Provinzen mit einem Antrage des Reichsgerichts angenommen, nach welchem der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes durch königliche Verordnung bestimmt wird.

In dritter Berathung wird der Gesetzentwurf, betreffend die Sterbe- und Grablegen, bei Pensionen, sowie die kirchliche Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden innerhalb der evangelischen Landeskirche angenommen, nachdem

Abg. Langerhans erklärt hatte, daß die Freiwilligen gegen denselben stimmen würden, weil die Selbstständigkeit der Gemeinden dadurch gefährdet werde.

Die Novelle zum Einkommen- und Gewerbebesteuergesetz, betreffend eine anderweitige Festsetzung der Diäten für die Mitglieder der Einschätzungs-Commission wird auf den Antrag der Abg. v. Jäger und Gerlich an eine Commission verwiesen.

Nächste Sitzung: Montag.

Deutschland.

Berlin, 24. März. In dem Besinden des Kaisers macht sich eine entschiedene Wendung zum Bessern bemerkbar. Die Aerzte aber dringen noch auf weitere Schonung, namentlich auf noch längeres

Bei Zeyer bedeckte das Treibeis gestern Donnerstag die ganze Breite des Stromes, aber schon Mittags 1 Uhr konnte derselbe mit Räumen befahren werden. Das Eis war so mürbe, daß es bei jedem Anprall in kleine lose Schollen zerbrach. Auch das Hafseis an den Mündungen zerbarst unter dem Druck des Stromes vollständig und gewährte freien Abzug. Besonders glücklich vollzog sich der Eisgang für die Einlage. Der höchste Wasserstand an den Ueberfällen blieb um 2,94 Meter unter dem vorjährigen und um 0,156 Meter unter der Sohle der Ueberfälle zurück, es trat mithin diesmal gar kein Wasser in die Einlage ein. Die Eisdecke der oberen Nogat, zwischen Marienburg und Pieckel, ging gestern Nachmittag ab.

Aus Marienburg von heute Mittags wird uns gemeldet: Es findet immer noch etwas Eis treiben statt. Das Wasser ist noch ein wenig, nämlich bis auf 4,20 Meter am Pegel gestiegen. Aus Warschau wird heute telegraphiert: Wasserstand der Weichsel heute 2,59 Meter (gegen 2,67 Meter gestern).

* [Mustering.] Heute begann die Mustering der hier garnisonirenden zwei Eskadronen Husaren. Morgen wird die Eskadron in Langfuhr gemustert. Die Musteringen werden durch den Brigade-Commandeur, Graf Wartensleben, abgehalten.

* [Städtische Arbeiten.] Nachdem die zur Erweiterung der städtischen Rieselfelder bei Weidelsmünde ausgesetzte Summe von 10 000 Mark aufgebracht worden ist, sind gestern Abend die dortigen Arbeiten eingestellt worden. Von den 300 Arbeitern, die hierbei Beschäftigung gefunden hatten, hat nur ein kleiner Theil bei der Niederlegung des Kavelin Jakob, wo heute etwa 80 Mann arbeiten, Verwendung finden können.

* [Comeniusfeier.] Zum Andenken an den 300jährlichen Geburtstag des großen Pädagogen und Humanisten Comenius wird Sonntag Mittag im Festsaale des Stadtmuseums ein von einem hiesigen Comité veranstalteter ernster Feiertag stattfinden. Am Montag, dem eigentlichen Gedächtnisse, veranstaltet Abends der hiesige Bildungsverein eine Comeniusfeier, für welche Herr Lehrer Gehrke, der Festredner des Lehrer-Vereins bei dessen Feier am 29. Februar, den Festvortrag übernommen hat.

* [Marienburg-Mlawkaer Bahn.] Berliner Börsenblätter wissen bereits anzugeben, daß die Marienburg-Mlawkaer Bahn pro 1891 auf ihre Stammactien voraussichtlich 2 Proc. Dividende vertheilen werde. Da bis jetzt noch kein Geschäftsbuchschluß pro 1891 hat gemacht, geschweige denn ein solcher hat geprüft werden können, so ist natürlich auch noch niemand in der Lage zu übersehen, ob und welche Dividende den Stammactien wird zu Theil werden können.

* [Controversammlungen.] Die diesjährigen Frühjahrs-Controversammlungen für Mannschaften der Reserve, Erfahrservize, Landwehr, Dispositionsurlauber u. c. im Stadttheile Danzig werden in den Tagen vom 11. bis 30. April im Exercierhause der Wiebenhauser stattfinden.

* [Personalen bei der Ostbahn.] Der Güterexpedient Schnabel ist von Schneidemühl nach pr. Stargard und der Güterexpedient Seehamer von pr. Stargard nach Schneidemühl versetzt worden.

* [Gewerbeverein.] In einem Discussionssabende des Gewerbevereins waren verschiedene das Enteignungsverfahrens und das Fensterrecht betreffende Fragen aufgeworfen worden, zu deren Beantwortung Herr Rechtsanwalt Haak gestern Abend einen Vortrag über das Enteignungsgesetz und das Fensterrecht hielt unter Berücksichtigung der Danziger Baupolizeiordnung vom Jahre 1881, durch welche für unsere Stadt die bezüglichen Verhältnisse geregelt werden. An den Vortrag knüpfte sich eine längere Discussion. Herr Zimmer führte hierauf eine mechanisch ausziehbare Patentleiter mit Seil und Winde vor, deren einfache und sichere Handhabung den Beifall der Anwesenden fand. Da die Leiter sich bis zu einer beträchtlichen Höhe hochstellen läßt, so dürfte sie besonders in Häusern mit hohen Säulen und in kleinen Kirchen Anwendung finden. Herr Zimmer zeigte ferner ein Schuhgitter, welches aus fingerdicken gekröpften Eisenstangen hergestellt ist und besserem Schuh gegen Einbruch gewährt, als eiserne Türen.

* [Concert im Apollotheater.] Herr Max Pauli hat am 29. d. M. unter anderem die Arie von Mozart, die er in dem Concert des Hrn. Dr. Fuchs singen wird, in einem vom Conservatorium des Hrn. Prof. Scherhen veranstalteten Concert im Hotel de Rome zu Berlin gesungen und ist danach vier Mal hervorgerufen worden. Die Partie der Gilde hat Fräulein Danieli, welche die große Arie daraus singt, bei Aroll in Berlin mit d'Andrade zusammen gleichfalls mit Beifall gefungen. Das Programm weist ferner fünf Lieder des Concertgebers auf, von denen drei Fräulein Danieli, zwei Herr Pauli vortragen wird. Herr Dr. Fuchs spielt seinerseits zum ersten Male hierfür Compositionen von Brahms öffentlich (zwei Rhapsodien und eine Ballade); auch sonst ist, wie gesagt, das Programm (mit Beethoven op. 57, Chopins Cis-moll-Scherzo und der so gut wie nie gehörten ersten der großen ungarischen Rhapsodien von Liszt) ein besonders interessantes.

* [Große Dorschufuhr.] Heute sind hier acht Boote mit Dorschen eingetroffen. Eine solche Menge dieser wohlschmeckenden Fische ist hier seit Jahren dem Markt nicht zugeführt worden.

[Polizei-Bericht vom 25. März 1892.] Verhaftet: 22 Personen, darunter: 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 7 Bettler, 12 Obdachlose. - Geflohen: 1 schwarzer Luchrock, 1 Paletot, 1 braunes Kleid, 1 weißkarirtes Kinderkleid, 1 Paar Stiefel. - Gefunden: 1 Regenschirm, 1 Bündel alte Kleider, 1 Schlüssel, 1 Quittungsbuch Paul Hink; abzuholen vom Fundbüro der kgl. Polizei-Direction.

W. Puhk, 24. März. Der Haushaltsetat unserer Stadt bilanziert für das nächste Staatsjahr in Einnahme und Ausgabe auf 30 700 Mk., gegen 29 200 Mk. im Vorjahr. Die Einnahme wird erzielt aus ca. 8570 Mk. Zinsen, 17 200 Mk. Pacht und Miete und dem Staatsbeitrag zur Unterhaltung der Schulen. Unter den Ausgaben ist die bedeutendste diejenige für Besoldungen und Pensionen (15 380 Mk.). Für die Ortsarmen ist die nicht unbedeutende Summe von 5300 Mk. ausgeworfen. Zum ersten Mal wird auch hier Communalsteuer und zwar 1200 resp. 1800 Mk. erhoben. Gestern ist unser Wied wieder eisfrei geworden, so daß der Dampfer seine Fahrten wohl demnächst aufnehmen kann. - Herr Vicar Dr. Teitz ist vor hier nach Neustadt, Herr Obersteucontrolleur Obersteuer wird nach Schönbeck versetzt. - Die Mitglieder des Puhker Kreisvorstandes der Schulrechts-Wittwen- und Waisenkasse sind für die nächsten 3 Jahre vom Herrn Landrat ernannt worden, da in dem Wahltermine niemand erschienen war.

d. Marienburg, 24. März. Nachdem die Eisdecke der Nogat sich ganz unerwarteter Weise bereits gestern Nachmittags um 4 Uhr in Bewegung gesetzt hatte, war der Strom heute im Laufe des Vormittags fast ganz frei von Eis. Nachmittags gegen 5 Uhr stellte sich wieder etwas stärkeres Eisstreben ein, welches jedoch zu Besorgnissen durchaus keine Veranlassung darbot, da das Eis ruhigstromwärts zieht und der Wasserstand ein verhältnismäßig niedriger ist. Wenn wir auch wohl noch etwas Wachswasser zu erwarten haben, dürfte die Gefahr des Eissanges für dieses Jahr wohl glücklich an uns vorübergegangen sein. - Gestern feierte der hiesige „Wissenschaftliche Verein“ nachträglich sein diesjähriges Karnevalsfest,

welches Zeugnis dafür ablegte, daß die ersten wissenschaftlichen Bestrebungen den Verein nicht hindern, nebenbei auch dem Humor sein Recht zu kommen zu lassen. An dem den Aufführungen folgenden gemeinsamen Abendessen nahmen etwa 96 Damen und Herren Theil.

w. Elbing, 24. März. Zu dem Umbau des Bahnhofs, welcher durch den Anschluß der neuen Bahn Elbing-Miswalde nothwendig geworden ist, waren bereits mehrere Pläne angefertigt, doch hat keiner die Zustimmung der Eisenbahndirection in Bromberg erlangt, weshalb der Umbau wohl bis zum nächsten Jahre verschoben werden wird.

Marienwerder, 24. März. In der heutigen Sitzung des Kreistages wurde der Kreishaushaltsetat für das nächste Staatsjahr berathen und in Einnahme und Ausgabe auf 282 000 Mk. gegen 288 000 Mark im Vorjahr festgestellt. Aus den Erträgen der Getreide- und Viehhöfe sind 93 119 Mk. zur Verminderung der Kreisabgaben verwendbar, und es bleiben noch 146 000 Mk. als Kreisabgaben auszuzeichnen. Zur Hebung sollen gelangen 80 Prozent der Einkommensteuer und 40 Prozent der Grund- und Gebäudesteuer. Vor der nach dem Kreistagsbeschuß vom 2. Dezember 1881 aus dem Reichsinvalidenfonds aufgenommenen 4prozentigen Anleihe im Betrage von 1 500 000 Mk. sind bis Ende März 1893 getilgt 234 000 Mk. und es verbleibt mithin noch eine Schulden von 1 266 000 Mk. Der Chaussee-Neubaufonds, dem durch den neuen Staat 35 000 Mk. zugeführt werden, wird am 1. April d. J. rund 160 000 Mk. betragen. Wie gelegenlich der Staatsberathung bemerkte wurde, ist der Frage nähergetreten worden, ob es nicht zweckmäßig wäre, die hiesige Kreisbauschule in ein Provincial-Institut umzuwandeln. Die Verhandlungen nach dieser Richtung hin befinden sich jedoch noch in dem ersten Stadium der Entwicklung. Dem entsprechenden Antrage des Kreisausschusses gemäß beschloß die Versammlung, den mit der Ausstellung und dem Umtausch der Quittungskarten für die Invaliditäts- und Altersversicherung betrauten städtischen Polizeiverwaltungen, Amts- und Gemeindedirektoren vom 1. April d. J. ab eine Entschädigung von 5 Pf. für jede ausgefertigte Karte aus Kreismitteln zu gewähren und zu diesem Zweck einen Betrag von 700 Mk. in den Kreishaushaltsetat einzufallen.

s. Flatow, 24. März. Der Kreishaushaltsetat des Kreises Flatow pro 1892/93, welcher auf dem Kreistage am 1. April zur Berathung gelangen soll, balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 231 500 Mk. Die Einnahmen betragen aus den landwirthschaftlichen Zölle (lex Huene) 77 628 Mk., aus den Kreisabgaben 90 000 Mk., aus den Provinzialabgaben 23 000 Mk., aus dem Staatszuschuß 10 635 Mk., der Provinzialzuschuß aus dem Dotationsfonds 8977 Mk., Beitrag des westpreußischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft 900 Mk., Kosten aus den streitigen Verwaltungsfachen, aus den Polizei-Strafen, Zinsen von Kapitalien 5000 Mk., Provinzialzuschuß des Gemeinde-Wegebau 7400 Mk., Beiträge zur Unterhaltung des Kreis-Johanniter-Krankenhauses zu Landsberg, a. d. Johanniter-Ordens 600 Mk., b. des Prinzen Leopold von Preußen 300 Mk. Die hauptsächlichsten Ausgaben sind Kosten der Selbstverwaltung, ein Pauschquantum an den Amtsverrichter 20 560 Mk., Diäten und Reisekosten, Bureauabdrücke des Kreisausschusses 4650 Mk., Gehälter der Kreisbeamten 10 240 Mk., Kosten der Chausseeunterhaltung 55 336 Mk., Zinsen an den Reichs-Zivilverbundfonds für den noch verbleibenden Theil der mit 850 000 Mk. und der mit 120 000 Mk. aufgenommenen Darlehen nebst Amortisation 48 356 Mk., zur Unterhaltung des Gemeindegebäudes 13 000 Mk., Provinzialabgaben an die Landeshaupthäfe zu Danzig 23 000 Mk., zur Bezahlung der Grundstückschädigung für den Eisenbahnbau Nakel-Königlich und zur Besteitung der Chausseebauten 40 454 Mk.

* Der Katastercontrolleur, Steuer-Inspector Vallbracht zu Schneidemühl ist mit dem 1. April d. J. in gleicher Amtseigenschaft nach Kulm und der Katastercontrolleur Aronius zu Wanzeleben mit demselben Zeitpunkte in gleicher Amtseigenschaft nach Schneidemühl versetzt worden.

K. Thorn, 24. März. Zur Lage des hiesigen Getreidemarktes wird gemeldet: Auf Lager befinden sich 145 Tonnen Weizen, 382 Tonnen Roggen. Auf Grund erfolgter Abschlüsse war hierher nichts zu liefern. Das Geschäft steht in Folge des niedrigen Preises an der Berliner Börse. Die Mehlmarkete sind verorgt und kaufen nur das Nothwendigste. - Auf dem heutigen Bieymarkt waren 290 Schweine aufgetrieben, durchweg magere Waare, die mit 35—37 Mk. per 50 Kilo Lebendgewicht bezahlt wurde und lebhaft begehrt war. Der Mangel an Schweinen macht sich immer mehr fühlbar, die Zufuhren aus Polen werden geringer. - Auf Antrag der hiesigen Handelskammer hat das hiesige Haupt-Zollamt angeordnet, daß das Nebenzollamt in Orlitzschin und die Zollabfertigungsstelle auf dem hiesigen Bahnhofe bei Bergröllungen von Getreide etc. in Wagenladungen, bei dem das zollpflichtige Gewicht durch Verriegelung auf der Centesimalwaage ermittelt ist, in Fäßen, in denen das declarirte Gewicht das amtlich ermittelte übersteigt, auf der Zollquittung auf Wunsch der Interessenten sowohl das zur Verzollung geogene declarirte als auch das amtlich ermittelte Gewicht künftig hin angegeben werde.

Thorn, 24. März. Fast alle Rähne haben den Winterhafen verlassen, um entweder hier Ladung zu nehmen oder Stromaus zu fahren, wozu der Wind heute gut passte. Die Mastenkrähne an der Eisenbahnrücke hatten daher vollaus zu thun. Das Wasser der Wissel ist auf 3½ Meter gefallen. Die Ladestränge der Uferbahnen sind wasserfrei.

O Lauenburg, 24. März. Ein überraschendes Resultat hat das vorläufig ermittelte Resultat der Geländeabschätzung pro 1892/93 für die Einwohner unserer Stadt ergeben. Der Kreis Lauenburg zählt ca. 50 000 Einwohner, darunter die Stadt Lauenburg ca. 8300, Leba ca. 1800. Nach der neuen Veranlagung hat pro 1892/93 aufzubringen: die Stadt Lauenburg 28 223 Mk., Leba 1635 Mk., das platt Land 25 896 Mk. Gegen das vorige Steuerausjahr zahlt hier nach der Kreis Lauenburg ein Mehr von 15 900 Mk. Aufällig an diesen Jahren ist vornehmlich das Verhältniß zwischen Stadt und Land. Bedeutet man, daß unser „blaues Landchen“ ca. 10 Großgrundbesitzer aufweist, welche zu Millionen gezählt werden, und außerdem von einer großen Menge gut stützende Guts- und Bauernhofbesitzer bewohnt ist, so begreift man es schwer, daß nach der allerdings nur vorläufigen Feststellung die kleine, fast industrielle Stadt Lauenburg mit ihren 8000 Einwohnern mehr an Steuern aufzubringen hat, als der gesamme, durchschnittlich ziemlich wohlhabende Kreis und die Stadt Leba zusammen.

mg. Aus Ostpreußen, 24. März. Die auf Anregung des Landwirthschaftsministers in Litauen und Masaren stattgefundenen Erhebungen über die angebauten Kartoffelsorten und deren Erträge im Vorjahr geben der Befürchtung Raum, daß in diesem Frühjahr sich ein erheblicher Mangel an Saatkartoffeln einstellen dürfe. - In der letzten Sitzung der Section für Pferdezucht wurde über die Beschickung der Weltausstellung in Chicago mit deutschen Pferden auch aus Ostpreußen noch kein definitiver Besluß gefasst. Man einzige sich vorerst dahin, zunächst die Entwicklung dieser Angelegenheit abzuwarten. Ein Besluß wurde jedoch in Aussicht gestellt, falls das Reich zu den Kosten einen erheblichen Beitrag leisten würde.

Königsberg, 24. März. In der heutigen Sitzung der Strafkammer des hiesigen Landgerichts gelangte eine Anklagesache, betreffend den im Jahre 1887 erfolgten Einsturz der hiesigen königlichen Anatomie zur Verhandlung. Die Anklage richtete sich gegen den Geh. Regierungs- und Baurath v. Tiedemann aus Potsdam (Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Kranz), gegen den Kreis-Bauinspector Tieffenbach aus Ortelsburg (Vertheidiger Justizrat Mendthal) und gegen den Regierungsbauamtmann Herrn Richard Wesnius aus Gnesen, welche damals den Bau

der Anatomie leisteten. Die Verhandlung wird mehrere Tage dauern. Die Staatsanwaltschaft ließ den ordnungsmäßig vorgeladenen, aber zum Termin nicht erschienenen Zeugen Geh. Ober-Baurath Schmieden in Berlin auf telegraphischem Wege zum morgenden Termin vorladen.

w. Bromberg, 24. März. In der heutigen Sitzung genehmigt die Stadtvorordneten-Berathung nach dem Antrage des Magistrats, daß die vorhandene Straßenbahnlinte von der Poststraße- und Friedrichstraße-Ecke durch die Friedrichstraße über den Wollmarkt bis zur Ecke der Posener- und Berlinerstraße (Hotel Rosenfeld) verlängert, daß ferner unter Beisetzung des Geleises in der Friedrichstraße zwischen der Post- und Hofstraße eine neue Eisenbahnlinie von der Brückstraße über den Friedrichplatz nach der Hof- und Friedrichstraße-Ecke und von der Bahnhofs- und Danzigerstraße-Ecke ebenfalls ein neues Geleise bis zum Eisenbahn-Uebergange in der Danzigerstraße (Artillerie-Kaserne) gelegt werde. Mit dem Bau soll unverzüglich begonnen werden.

Literarisches.

○ Geschichte und Geographie der deutschen Eisenbahnen. Bearbeitet nach Original-Quellen, als Lehr- und Prüfungsbuch für die deutschen Eisenbahnenbeamten, als Handbuch für Börsen-Interessenten, Kapitalisten und Eisenbahn-Unternehmer, sowie als Hilfsbuch zum Studium für jedermann von Arthur v. Mayer, Eisenbahn-Stations-Vorsteher 1. Kl. a. D. Berlin, Wilhelm Bänsch, Verlagshandlung.) Nebst einem Heft Tafeln (Tabellen). Nebst der allgemeinen, in großen Zügen geschriebenen Eisenbahngeschichte Deutschlands als Reich und jedes deutschen Staates, nach Ländergrenzen gruppiert, enthält das Werk die Monographie jeder einzelnen deutschen Eisenbahn sammt allen Zusätzen. Gleichwie die Weltgeschichte ohne Geographie und alle mit ihr verwobenen Einzelwissenschaften undenkbar ist, so sind auch in Mayers Eisenbahngeschichte die Eisenbahngeschichte, die Entwicklung der deutschen Eisenbahnpolitik und namentlich die Finanzgeschichte des deutschen Eisenbahns, theils in dem allgemeinen, theils in dem besonderen Theile so vorgeführt, daß alle im Titel des Buches aufgezählten Eisenbahn-Interessenten das von jedem Gewünschten darin finden. Daburch bietet das Werk einen vorwiegend praktischen Nutzen für jedermann, entsprechend der vom Verfasser auf das Quellenstudium verwendeten großen Mühe. In dem das Gründungsheft füllenden Tafeln ist noch im beideren die finanzielle Bedeutung jeder einzelnen Bahn seit ihrem Beginne mit einem Blicke zu erkennen. Der Verfasser verlangt die Würdigung der Eisenbahnen nicht nur von ihren Eigentümern oder Verwaltern, vom Staate oder den Privatgesellschaften, sondern in erster Linie vom Publikum, vom Volke selbst und von dessen erwählten Vertretern. So lange die Eisenbahnen immer nur nach ihrem absoluten Erträgnisse beurtheilt werden und die billigste Administration den maßgebenden Personen ebenso als die wichtigste, wie der billigste Eisenbahnbeamte als der berüchtigste erscheint, so lange ist die Kenntnis von der Summe auf Wissenschaft und schwerer Arbeit, die in dem Eisenbahngeschehne steht, und von seinem wahren volkswirtschaftlichen Nutzen nicht in die Massen gedrungen. Und doch hat sich im Laufe der letzten Jahre hierin sehr viel gebessert, das Eisenbahnenwesen ist bereits viel populärer geworden, als es war. Möge das ungeachtet seines wissenschaftlichen Gehaltes sehr volkstümlich geschriebene Werk A. v. Mayers einen weiteren Fortschritt auf diesem Wege bewirken, und möge der Verfasser periodisch Ergänzungshefte folgen lassen, wenn das Herausgegebene von der Zeit überholt wird.

Regulierungspreis bunt lieferbar transit 126 Mk. 174 Mk., zum freien Verkehr 128 Mk. 219 Mk.

Auf Lieferung 126 Mk. bunt per April-Mai zum freien Verkehr 213 Mk. 212 Mk. transit 173 Mk. Br.

hochbunt 126—136 Mk. 188—226 Mk. Br. hellbunt 126—134 Mk. 185—223 Mk. Br. 213—216 Mk. bunt 126—134 Mk. 183—221 Mk. Br. M. bei. roth 126—134 Mk. 178—221 Mk. Br. 210—212 Mk. Br. ordinär 120—130 Mk. 170—214 Mk. Br.

Regulierungspreis bunt lieferbar transit 126 Mk. 174 Mk., zum freien Verkehr 128 Mk. 219 Mk.

Auf Lieferung 126 Mk. bunt per April-Mai zum freien Verkehr 213 Mk. 212 Mk. transit 173 Mk. Br.

hochbunt 126—136 Mk. 188—226 Mk. Br. hellbunt 126—134 Mk. 185—223 Mk. Br. 213—216 Mk. bunt 126—134 Mk. 183—221 Mk. Br. M. bei. roth 126—134 Mk. 178—221 Mk. Br. 210—212 Mk. Br.

ordinär 120—130 Mk. 170—214 Mk. Br.

Regulierungspreis bunt lieferbar transit 126 Mk. 174 Mk., zum freien Verkehr 128 Mk. 219 Mk.

Auf Lieferung 126 Mk. bunt per April-Mai zum freien Verkehr 213 Mk. 212 Mk. transit 173 Mk. Br.

hochbunt 126—136 Mk. 188—226 Mk. Br. hellbunt 126—134 Mk. 185—223 Mk. Br. 213—216 Mk. bunt 126—134 Mk. 183—221 Mk. Br. M. bei. roth 126—134 Mk. 178—221 Mk. Br. 210—212 Mk. Br.

ordinär 120—130 Mk. 170—214 Mk. Br.

Regulierungspreis bunt lieferbar transit 126 Mk. 174 Mk., zum freien Verkehr 128 Mk. 219 Mk.

Auf Lieferung 126 Mk. bunt per April-Mai zum freien Verkehr 213 Mk. 212 Mk. transit 173 Mk. Br.

Die Geburt eines Knaben zeigte
Vergebnis an (1305)
Danzig, den 25. März 1892
Postsecretair Herrmann
und Frau Emma geb. Kübler.

Den nach langerem Leiden
heute erfolgten sanften Tod
meines lieben Sohnes,
unsers herzenguten Neuen
Sohns, Bruders, Schwiegersohns,
Schwagers und
Onkels des früheren Apo-
thekenbesitzers
Alexander Rademacher
zeigen tiefschlächtig an
Berlin, 23. März 1892
Danzig, den 25. März der hinter-
bliebenen.
Dr. A. Richter.

Bekanntmachung.
Behufs Verklärung der Ge-
sunfälle, welche das Schiff Maria,
Capitän Swenssen, auf der Reise
von Savannah nach Neufahr-
wasser erlitten hat, haben wir
einen Termin auf
den 26. März cr.,

Vorm. 9/4 Uhr,
in unserm Geschäftslöchre, Langen-
markt 43, anberaumt. (1336)

Danzig, den 25. März 1892.

Königliches Amtsgericht X.

S.S. "Tula",
Capt. Norden,
von Hamburg via Kopenhagen
mit Gütern eingetroffen. Umlade-
güter ex S.S. "Tejo" von Bor-
deauz u. La Rochelle. (1278)

J. G. Reinhold.

Nach Stettin
ladel hier
Dampfer "Reval",
Capt. Schwerdfeger,
bis zum 30. März cr.
Güteranmeldungen erbitten

J. G. Reinhold.

Dampfer "Diana",
Capt. Hammie,
mit Gütern von Bremen, sowie
ex "Arius" vom Rhein, ist ein-
getroffen und löst am Packhau-
schen bei (1324)

Aug. Wolff & Co.

Nach Bremen
ladel Anfang April
Dampfer "Besta",
Güteranmeldungen erbitten

Aug. Wolff & Co.

Nach Hamburg
ladel
D. "Jacoba" oder
"Oscar"
hier ca. 30. März. (1249)
Güteranmeldungen bei
Ferdinand Prowe.

Nach Antwerpen
ladel
D. "Eduard"
hier Anfang April. (1249)
Güteranmeldungen bei
Ferdinand Prowe.

Nach Copenhagen und
Amsterdam
ladel
D. "Sirius"
hier 26./28. März. (1249)
Güteranmeldungen bei
Ferdinand Prowe.

Der unbekannte Empfänger von
168 Säcken Thon
per SD. "Eider" durch Robert
M. Gilmour in New York an
Orde in Danzig via London ver-
laden und hier per SD. "Joa"
eingetroffen wolle sich schleunigst
melden bei (1290)

G. L. Hein.

Loose zur Königsberger Pferde-
Lotterie a 1 M.
Loose zur Lotterie für die Feuer-
wehrweltspostens a 1 M.
Loose zur Marienburger Schloss-
bau-Lotterie a 3 M.
Loose zur Freiburger Münster-
bau-Lotterie a 1 M.
Loose zur Stettiner Pferde-Lot-
terie a 1 M.

vorrätig bei

Th. Bertling.

Mittelschule für
Mädchen.
Das neue Schuljahr be-
ginnet Freitag, den 1. April.
Anmeldung neuer Schülerinnen
werden entgegen-
nommen Mittwoch, den 30.
u. Donnerstag, den 31. März,
Vormittags von 10—12 Uhr
und Nachm. v. 2—4 Uhr.

M. Quitt,
Johannissage 24.

Mädchen-Mittelschule,
Seitl. Geistgasse 54/55.
Der neue Curtus beginnt
Freitag, den 1. April. Zur
Annahme neuer Schülerinnen
werden entgegen-
nommen Mittwoch, den 30.
u. Donnerstag, den 31. März,
Vormittags von 10—12 Uhr
und Nachm. v. 2—4 Uhr.

Alice Wendt,
1253) Vorsteherin.

Feuerversicherungsbank f. D. zu Gotha.
Versicherungsbestand M 3502235200. — Dividende pro
1891: 75 %.
Neue Versicherungsanträge nimmt entgegen und erhält jede
gewünschte Auskunft Albert Fuhrmann,
6755) Agent der Feuerversicherungsbank f. D. zu Gotha.

**Verkauf eines Handschuh-, Schirm-
und Kurzwaaren-Lagers.**

Das zur Joh. Riesen'schen Concursmasse gehörige Waarenlager,
bestehend aus Handschuhen, Regenschirmen und Kurzwaren, abge-
schäftet nebst den Utensilien auf 2157,90 Mk., soll bei angemessenem
Gebote im Ganzen verkauft werden.

Termin zur Ermittlung des Meistgebotes: Montag, den

28. März, 12 Uhr, Hundegasse 70". Die Tage und Verkaufsbedingungen können daselbst eingesehen, auch kann das Ladenlokal,

Wollwebergasse 29, vom Käufer übernommen werden.

Bietungsauctio M. 400.

Der Vermalter.

Richard Schirmacher.

Wieler'sche
Anaben-Vorbereitungs-

schule,

Heilige Geistgasse Nr. 58.

Das Sommersemester beginnt

am 1. April. Aufnahme neuer

Schüler täglich von 12—1 und

4—5 Uhr. (1238)

Danzig, 24. März 1892.

Elice Thiele.

Der Unterricht in meinem Vor-
bereitungs-Arbeitsk für höhere

Lehranstalten beginnt

Freitag, den 1. April 1892.

Zur Annahme neuer Schüler

und Schülerinnen bin ich täglich

wischen 12—1 Uhr Vormittags

bereit. (1256)

Elice Hoffmeister,
Hundegasse 93".

Loose:

zur Gründung einer Unfall-

Unterst.-Kasse f. d. Feuer-

mehrern d. Prov. Westpr.,

a 1 M.,

zur Königsberger Pferde-Lot-
terie a 1 M.,

zur Marienburger Schlossbau-
Lotterie a 3 M.,

zur Freiburger Dombau-Lot-
terie a 3 M.

zu haben in der

Exped. der Danziger Zeitung.

Frische

Ananasfrüchte,

frische Gurken,

Kopfsalat,

Malta-Kartoffeln

empfiehlt

A. Fast.

Räucherlachs,

mild gesalzen, in ganzen Hälfsten

per M. 1,50, im Aufschnitt per

M. 1,80 empfiehlt per

1. April gegen monatliche

Remuneration. (1258)

Loubier & Barch.

Dillgurken

in vorzüglicher Qualität empfiehlt

schnell- und fruchtig zu mähdigen

Preisen. (1262)

A. Braun, Tagnetergasse 16.

Wiener

Lederwaren

zu Einsegungss-

Geschenken

empfiehlt in größter Aus-

wahl sehr preiswert

A. Cohn Wwe.,

Wollwebergasse 1.

Die Holz-Jalousienfabrik

von C. Steudel,

Danzig, Fleischgasse 72.

empf. ihre bestbekannt.

Holz-Jalousien,

wie deren Reparatur

Preisabat., gratis und

franco.

Dobersche Ekkartoffeln,

neue Sendung, vorzügl. Qualität,

gut kochend, empfiehlt center-

sessel- auch machenweise die Kar-

toffel-handlung

Breitgasse 39, Heller.

NB. Mehrere Waggons im Gan-

zen oder getheilt abzugeben.

Eiserne Geldkasten mit Stahl-

panzerfrei, feuerfest, billig zu

verk. hofk. Wohlw. Geistgasse 10.

Fracks

Empfiehlt lädt. Infrastrukturen, son-

hofmeister, Stellmacher und

Schmiede, ferner 1. Verheiratheten

Küchler, Cavalierist, 5 Jahre auf

1 Stelle, sowie Hausknechte mit

guten Zeugnissen. (1291)

Probst, Langgarten 115.

Geldspind,

einhörig, in recht gutem

Zustande, zu verkaufen

Langgasse 28.

Glasschränke,

Repositorien und Laden-

stücke etc. zu verkaufen

Langgasse 28.

Ein schwerer Wallach zur Land-

wirtschaft, wie auch als Pferd,

verk. Gr. Schwalbengasse 150. p.

In Bernhardiner Hund ist bill-

g. verkaufen Häusergasse 31.

Pension

für Schüler mit gewissenhafter

Beaufsicht. u. Erziehung zu haben

Beopgasse 26/1 Rath. Wenker.

Ein Bernhardiner Hund ist bill-

g. verkaufen Häusergasse 31.

Feuerversicherungsbank f. D. zu Gotha.

Versicherungsbestand M 3502235200. — Dividende pro

1891: 75 %.

Neue Versicherungsanträge nimmt entgegen und erhält jede

gewünschte Auskunft Albert Fuhrmann,

6755) Agent der Feuerversicherungsbank f. D. zu Gotha.

Den nach langerem Leiden

heute erfolgten sanften Tod

meines lieben Sohnes,

unsers herzenguten Neuen

Sohns, Bruders, Schwiegersohns,

Schwagers und Onkels des früheren Apo-

thekenbesitzers

Alexander Rademacher

zeigen tiefschlächtig an

Berlin, 23. März 1892

Im Namen der hinter-

Beilage zu Nr. 19431 der Danziger Zeitung.

Freitag, 25. März 1892.

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 24. März.

Gesekentwurf betreffend die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden.

Nach § 1 sollen die Städte mit königlicher Polizeiverwaltung zu den Kosten der Polizei nach Maßgabe der Einwohnerzahl Beiträge an den Staat zahlen, und zwar: a) Die Stadtgemeinde Berlin je 2,50 Mk., b) die Stadtgemeinde Kassel je 0,32 Mk.; ferner c) die Städte mit mehr als 75 000 Einwohnern je 1,50 Mk., d) mit mehr als 40 000 bis 75 000 Einwohnern je 1,10 Mk., e) mit 40 000 und weniger Einwohnern je 0,70 Mk. Ueber die Verwendung dieser Beiträge, insbesondere auch zur Vermehrung der Landgendarmerie behufs Ausdehnung der Thätigkeit derselben auf die zu Landkreisen gehörigen Stadtgemeinden und behufs Verstärkung derselben in den Vororten der einen eigenen Kreis bildenden Städte mit kommunaler Polizeiverwaltung soll der Staat jährlich Bestimmungen treffen.

Ober-Bürgermeister Becker (Köln) beantragt, an Stelle von c, d, e zu setzen: c) je 1,20 Mk., d) je 0,90 Mk., e) je 0,60 Mk.; und ferner die gesperrt gedruckten Worte zu streichen.

In der Generaldiscussion beantragt

Berichterst. Oberbürgermeister Struckmann die unveränderte Annahme der Vorlage.

Oberbürgermeister Selke (Königsberg) erklärt sich gegen die Vorlage, die man eigentlich als lex Egnern bezeichnen könnte. Ein eigentlicher Grund, weshalb die Regierung diesen Entwurf gemacht habe, sei nicht klar zu erkennen. Das Gesetz von 1850, welches eine Vertheilung der Polizeikosten zwischen Staat und Städten nach persönlichen und sächlichen Kosten festgesetzt, hat damit ein gesundes Prinzip aufgestellt und sich bisher so bewährt, daß eigentlich kein Grund zu einer Änderung vorliege. Auch in Königsberg habe sich der jetzige Zustand durchaus bewährt. Conflicte zwischen dem Magistrat und der königlichen Polizeibehörde seien dort seit Jahrzehnten nicht vorgekommen. Deshalb solle man es lieber beim jetzigen Zustand belassen.

Die in § 1 festgesetzten Beiträge der Städte seien mehr oder minder willkürlich bemessen, gleichviel welche Zahlen man beschließe. Die Städte sollten nur bezahlen, ohne Einfuß auf die Verwaltung der Polizei zu haben; den großen Städten könnte man die Polizeiverwaltung ruhig selbst überlassen. Königsberg habe nach der Vorlage viel mehr zu bezahlen als bisher.

Auch der jetzige Zeitpunkt sei nicht geeignet für eine solche Belastung der Städte trotz der großen Ergebnisse der neuen Einkommensteuer; denn davon hätten die Städte ihrerseits keinen Vortheil, weil sie den Procentsatz der Zuflage zur Staatssteuer heruntersetzen. Dagegen liefere die Einkommensteuer dem Staat die Möglichkeit, mehr für die Polizei zu zahlen und auf eigene Kosten die Landgendarmerie zu verstärken. Anders dagegen wäre es, wenn es wirklich zu einer Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer käme. Die Provinz Ostpreußen bedürfe der staatlichen Fürsorge besonders, da sie durch das Abschließungssystem Russlands zu leiden habe. Die Sicherheitspolizei sei allerdings so sehr Sache des Staats, daß dieser den Städten, welche selbst auch die Sicherheitspolizei ausüben, noch einen Beitrag dafür zahlen müßte, aber die

Wohlfahrtspolizei sollte man den Städten allein überlassen. Die königliche Polizeiverwaltung werde von den Städten nur als Last empfunden. Er werde gegen das Gesetz stimmen, das weder gerecht noch billig sei.

Minister Herrfurth bestreitet, daß die Regierung nicht eigene Gründe für dieses Gesetz habe, sondern nur eine lex Egnern vorgelegt habe. Die Motive legten die Unzuträglichkeiten des jetzigen Zustandes eingehend dar, durch welche besonders die reicherer und größeren Städte vor den mittleren bevorzugt seien. Als eine Last könne man die königliche Polizeiverwaltung für die Städte nicht ansehen; vier Städte, welchen er die Uebernahme der Polizei in eigene Verwaltung angetragen habe, hätten um Belassung der königlichen Polizeiverwaltung gebeten. Ueber die Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer schwieben schon Verhandlungen. (Hört! hört!) Das Gesetz entspreche durchaus der Gerechtigkeit und Billigkeit.

Graf v. d. Schulenburg-Beckendorff ist für den Gesekentwurf, der ein Compromiß über eine sehr schwierige Materie darstelle und eine durchaus billige Skala für die Beiträge der Städte enthalte.

Oberbürgermeister Zweigert (Essen) hält das Gesetz für unannehmbar, weil es auf einem grundfalschen Prinzip beruhe.

Finanzminister Miquel: Der gewählte Zeitpunkt ist sehr günstig, da die neue Steuergesetzgebung den Communen neue Steuerquellen eröffnet. Es ist nicht richtig, daß der Staat den Communen immer neue Lasten auferlegt; im Gegentheil, der Staat hat in den letzten Jahren zu Gunsten der Communen Ausgaben von mindestens 80 bis 90 Mill. übernommen. Dazu ergibt die Einkommensteuer einen Mehrertrag von 40 Mill., welcher gesetzmäßig für die Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer zu verwenden ist. Ueberliefe man den Städten die Polizeiverwaltung gänzlich, so hätten sie noch viel mehr Kosten dadurch. Diesem Gesetz wird es ebenso gehen wie dem Einkommensteuergesetz. Erst wird die Mehrbelastung unangenehm empfunden werden, aber dann wird das Gefühl der gerechten und gleichmäßigen Behandlung durchschlagend sein.

Oberbürgermeister Schmieding (Dortmund): Das Gesetz beruht eigentlich auf einer ganz verkehrten Grundlage. Die Städte empfinden es als eine Benachtheitigung, daß ihnen die Polizeiverwaltung nicht selbstständig überlassen wird. Deshalb sollte man die Vorlage ganz ablehnen.

v. Wedell-Piesdorff empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Oberbürgermeister Becker (Köln): Das neue Einkommensteuergesetz belastet namentlich die großen Städte, denn die 40 Mill. Mk. mehr stammen namentlich aus den Städten. (Widerspruch.) In diesem Augenblid will man die Städte noch mehr beladen, während der Finanzminister die Behörden angewiesen hat, darauf zu achten, daß die Städte nicht die Gelegenheit benutzen, sich ein größeres Ausgabebudget zu verschaffen. Wo liegt denn die ausgleichende Gerechtigkeit? Wer bezahlt denn die Polizeikosten auf dem Lande? Warum sollen denn die aus dem Gesetz gewonnenen Ueberschüsse nur für die Gendarmen in den Vororten verwendet werden? Warum verwendet man sie nicht in den Städten selbst? Die hohen Kosten der königlichen Polizei röhren davon her, daß die Staatsverwaltung immer theurer ist. Sind denn die polizei-

lichen Verhältnisse in Sachsen so schlecht, wo es nur städtische Polizeiverwaltung gibt? Das Vernünftigste ist, daß der Staat die persönlichen Kosten trägt; denn die Gemeinden haben ja keinen Einfluß auf die Anstellung der Beamten. Wer die Ausdehnung königlicher Polizeiverwaltungen wünscht, muß für die Vorlage stimmen; wer diese nur als die Ausnahme betrachtet, muß es bei dem Bestehenden lassen.

Minister Herrfurth: Die Ausdehnung königlicher Polizeiverwaltungen wird nicht eintreten; denn die Regierung wird sich hüten, Mehrforderungen dafür an den Landtag zu bringen, der Landtag wird sich hüten, sie zu bewilligen. Durch die neue Einkommensteuer werden die Gemeinden in den Stand gesetzt, die latenten Millionäre zu den Kosten heranzuziehen.

Finanzminister Miquel bestreitet, daß die Städte hauptsächlich die Mehrbelastung durch die Einkommensteuer zu tragen hätten.

Oberbürgermeister Bender-Breslau: Wir halten in Breslau das Nachtwachwesen in gutem Stand und sollen nun, trotzdem wir an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen sind, erhebliche Ausgaben mehr machen. Unbekannte Millionäre haben sich bisher bei uns nicht herausgestellt, trotzdem wir 731 000 Mk. mehr Steuern aufbringen, wovon mehr als ein Drittel auf die Aktiengesellschaften entfällt. Die Vorlage versucht zu sehr den materialistischen Gedanken. Es wird der Stadt Breslau von ihrem Polizeipräsidenten das Zeugnis ausgestellt, daß das Nachtwachwesen gut ist, trotzdem sollen wir dafür 130 000 Mk. aufwenden. Um dieses Mehr zu decken, müssen wir die Aufbesserung der Lehrergehälter aufschieben. Die Polizei auf dem Lande, die Gendarmerie, bezahlt der Staat und an den Dotationsen haben auch die Städte nur einen geringen Anteil. Ein Benefizium ist die kgl. Polizeiverwaltung nicht; denn wir haben manche besonderen Ausgaben zu machen, welche bei selbständiger Polizeiverwaltung wegfallen. Denken wir doch bei diesem Gesetz nicht immer an Berlin; die Städte, auch die größeren sind oft schlechter daran als die kleinsten Gemeinden. Die niedrigen Steuern ziehen die Leute nicht nach Berlin, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Specialdiscussion wird auf Sonnabend vertagt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 24. März. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 206—212. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 212—216, russ. loco fest, neuer 185—188. — Hafer fest. — Gerste ruhig. — Rübel (Unverzollt) ruhig, loco 55,00. — Virtus bebt, März-April 32 $\frac{1}{2}$ Br., per April-Mai 32 $\frac{1}{4}$ Br., per August-September 33 $\frac{1}{2}$ Br., per Septbr.-Oktober 33 $\frac{1}{4}$ Br. — Kaffee ruhig. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,00 Br., per August-September 6,10 Br. — Wetter: Bewölkt.

Hamburg, 24. März. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenzucker 1. Product Basis 88% Rendement neue Wiance, f. a. B. Hamburg per März 13,50, per Mai 13,75, per August 14,15, per Oktbr. 12,80. Flau.

Hamburg, 24. März. Kaffee. Good average Santos per März 67, per Mai 67 $\frac{1}{4}$, per Septbr. 65, per Dezbr. 63. Behauptet.

Bremen, 24. März. Kaff. Petroleum. (Schlußbericht.) Fahrl. vollfrei. Niedriger. Loco 6,10 Br.

Frankfurt a. M., 24. März. Effecten-Societät. (Schluß.) Deutscher Credit-Aktion 265 $\frac{1}{4}$, Franzosen 246 $\frac{1}{4}$.

Lombarden — ungar. Goldrente 92,30, Gottharbbahn 134,30, Disconto-Commandit 178,70, Dresdener Bank 131,30, Bochumer Guftahl 110,20, Dortmunder Union St.-Pr. —, Gelsenkirchen 126,80 eg. Harpener 136,30, hibernia 122,50, Laurahütte 101,10, 3% Portugiesen 25,90. Still.

Havre, 24. März. Kaffee. Good average Santos per März 89,50, per Mai 87,50, per September 83,50. — Behauptet.

Wien, 24. März. (Schluß-Course.) Oester. Papierrente 94,27 $\frac{1}{2}$, do. 5% do. 102,90, do. Gilberrente 93,60, 4% Goldrente 110,80, do. ungar. Goldrente 107,55, 5% Papierrente 102,00, 1860er Loos 139,00, Anglo-Aust. 147,90, Länderbank 203,30, Creditact. 309,75, Unionbank 232,75, ungar. Creditact. 343,50, Wiener Bankverein 112,50, Böh. Westbahn 351,00, Böh. Nordb. —, Bußg. Eisenbahn 439,00, Duz-Bodenbacher —, Elbethalbahn 230,00, Ferb. Nordbahn 2825,00 Franzosen 282,52, Galizier 210,75, Lemberg-Gern 245,00, Lombard. 84,25, Nordwestb. 210,00, Pardubitzer 184,50, Alp.-Mont.-Act. 61,60, Tabakactien 164,75, Amsterd. Wechsel 98,35, Deutsche Bläke 58,12 $\frac{1}{2}$, Londoner Wechsel 118,80, Pariser Wechsel 47,22 $\frac{1}{2}$, Napoleons 9,43, Marknoten 58,12 $\frac{1}{2}$, Russische Banknoten 1,19, Gilbercoupons 100, Bulgar. Anteile 101,00.

Amsterdam, 24. März. Getreidemarkt. Weizen per Mai 224. Roggen per Mai 215.

Antwerpen, 24. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Lippe weiss loco 14 bez. und Br., per März 14 Br., per April 14 Br., per Septbr.-Dezbr. 14 $\frac{1}{4}$ Br. Ruhig.

Antwerpen, 24. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen niedriger. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Paris, 24. März. (Schlußcourse.) 3% amortisirb. Rente 97,90, 3% Rente 96,50, 4 $\frac{1}{2}$ % Ant. 105,50, 5% ital. Rente 87,97 $\frac{1}{2}$, öster. Gold. 95 $\frac{1}{2}$, 4% ung. Goldrente 92,06, 3% Orientanleihe 65,87, 4% Russen 1880 —, 4% Russen 1889 93,20, 4% unifit. Aegypten 487,18, 4% span. aust. Anleihe 59 $\frac{1}{4}$, convert. Türken 19,80, türk. Loos 73,60, 5% privilegié türk. Obligationen 418,00, Franzosen 613,75, Lombarden 203,75, Lomb. Prioritäten 293, Credit foncier 1208,00, Rio Tinto-Action 458,10, Guékanal-Aktion 2742,00, Banque de France 424,25, Wechsel auf deutsche Bläke 122 $\frac{1}{2}$, Londoner Wechsel 25,18 $\frac{1}{2}$, Cheques a. London 25,20, Wechsel Amsterdam kurz 206,06, do. Wien kurz 209,50, do. Madrid kurz 410,50, Neue 3% Rente 96,37, 3% Portugiesen 25 $\frac{1}{2}$, neue 3% Russen 76,06, Banque ottomane 552,00, Banque de Paris 616,00, Banque d'Escompte 148, Credit mobilier 147, Merid.-Action 592, Panamakanal-Aktion 18, do. 5% Obligat. 19,00, Gaz. Parisiens 1465, Credit Lyonnais 773,00, Gaz pour le Fr. et l'Etrang. 535, Transatlantique 542, Ville de Paris de 1871 412, Tab. Ottom. 353, 2 $\frac{3}{4}$ % engl. Cons. 96 $\frac{1}{4}$, C. d'Escompt 483, Robinion-Action —.

Paris, 24. März. Bankausweis. Baarvorwahl in Gold 1 401 827 000, do. in Silber 1 270 818 000, Portef. der Hauptbank und der Filialen 519 558 000, Notenumlauf 3 050 134 000, Laufende Rechnung d. Priv. 453 412 000, Guthaben d. Staatschates 188 554 000, Gefammt-Vorschüsse 328 051 000 Frs., Jins- u. Discont-Erträgn. 6 048 051 Frs. Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorwahl 87,62.

London, 24. März. Bankausweis. Totalreserve 17 439 000, Notenumlauf 24 703 000, Baarvorwahl 25 692 000, Portefeuille 29 892 000, Guthaben der Privaten 28 147 000, do. des Staates 11 508 000, Notenreserve 16 093 000, Regierungssicherheiten 10 785 000 Pf. Sterl. — Procentverhältnis der Reserve zu den Passiven 43 $\frac{1}{2}$ gegen 45 $\frac{1}{2}$ in der Vorwoche. — Clearinghouse-Umlauf 110 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 36 Millionen.

London, 24. März. An der Rüste 6 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Bewölkt.

